

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Umgang der staatlichen Institutionen mit Flüchtlingen

Zuständig für die aus dem Kosovo geflohenen und anschließend zurückgekehrten Menschen ist das Innenministerium. Es steht vor der Aufgabe, diese in die Gesellschaft zu reintegrieren und zu unterstützen. Hiermit sind die involvierten kosovarischen Behörden überfordert, jedoch versucht man dieses Problem mit der Unterstützung vieler europäischer Botschaften in den Griff zu bekommen.

Mazedonien

Johannes Rey (28.08.2015)

Die mazedonische Öffentlichkeit und die Medien verfolgen die Situation der Flüchtlinge, die durch Mazedonien reisen, mit großer Aufmerksamkeit. Es wird viel über die Schwierigkeiten der mazedonischen Behörden berichtet, Ordnung in den Grenzgebieten zu schaffen, bzw. die rund um 2.000 Flüchtlinge, die täglich an der südlichen Grenze des Landes erscheinen, zu registrieren und sie mit dem Nötigsten zu versorgen. Auch wird über die begrenzten Kapazitäten des Landes berichtet, eine so große Anzahl von Flüchtlingen aufzunehmen und entsprechend zu unterstützen. Diesbezüglich wird auch die dringende Notwendigkeit einer finanziellen Unterstützung für Mazedonien und die Region an der West-Balkan Route durch die EU thematisiert. Täglich finden sich in den Medien zudem aktuelle Informationen über die Anzahl der Flüchtlinge, die an der Grenze registriert sind, bzw. die man täglich aufnimmt und durch das Land reisen lässt.

Auch in den Sozialen Medien findet eine intensive Diskussion über mögliche Wege, wie man den Flüchtlingen helfen könnte und was der Staat tun müsste, statt. Über die sozialen Netzwerke haben sich auch Gruppen von ehrenamtlichen Helfern zusammengefunden, die die Flüchtlinge Spenden sammeln.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Zu Beginn wurde die Flüchtlingskrise aufgrund der aktuellen politischen Krise im Lande von den politischen Parteien nachrangig behandelt. Als jedoch die Zahl der Flüchtlinge stieg und das Land überforderte, bezogen einige der Parteien Stellung. Laut der größten Oppositionspartei SDSM sollte der Staat alle verfügbare Kapazitäten nützen, um die Flüchtlingskrise zu bewältigen. Die Parteien des albanischen Blocks haben keine konkrete Positionierung geäußert.

Umgang mit Migration / Integration in Deutschland

Bis kurz vor der Flüchtlingskrise bzw. dem gewachsenen Zustrom von Migranten aus dem Nahen Osten nach Europa beschäftigten sich die mazedonischen Medien mehr mit der Problematik der mazedonischen Asylbewerber in Deutschland bzw. mit der Migration mazedonischer Bürger im Ausland.

In Bezug auf den gewachsenen Zustrom von Migranten aus dem Nahen Osten und den Umgang Deutschlands mit dieser Problematik, berichtet man über die Anstrengungen Deutschlands dieses Problem zu bekämpfen. Jede Aussage von Bundeskanzlerin Merkel sowie alle Maßnahmen, Initiativen oder Vorschläge Deutschland werden von den Medien aufgegriffen. Auch die steigende Unzufriedenheit der deutschen Bürger und die dadurch hervorgerufenen Unruhen und Proteste in einigen Teilen Deutschlands werden thematisiert.

„Willkommenskultur“

In Mazedonien herrscht eine „Willkommenskultur“ innerhalb der Bevölkerung. In der Zeit vor dem Ausruf des Ausnahmezustands, als die Flüchtlinge sich frei durch das Land bewegen konnten, unterstützten die lokale Bevölkerung und einige Hilfsorganisationen und NGOs die Flüchtlinge mit Wasser, Hygieneartikeln und Nahrung. Als die Anzahl der Flüchtlingen auf bis zu 2.000 am Tag stieg, hörte man Beschwerden der lokalen Bevölkerung in den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Grenzgebieten; es wurde von Einzelfällen berichtet, wo Flüchtlinge Privathöfe betreten oder sehr viel Müll und Unordnung hinterließen.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Die Zuständigkeiten für Flüchtlinge liegen bei dem Innenministerium (zuständig für die Registrierung, Schaffung von Ordnung und Kontrolle in den Grenzgebieten), dem Gesundheitsministerium (Koordination der geleisteten ärztlichen Behandlung - erste Hilfe) und mit dem Ausruf des Ausnahmezustandes wurde auch das mazedonische Militär einbezogen (Unterstützung der Polizei bei der Registrierung, Kontrolle und Sicherung der Grenzübergangsstellen, Koordination der Bewegung und Transport der Flüchtlingen durch das Land, humanitäre Hilfe: Verteilung von Wasser, Hygieneartikeln und Nahrung).

Oktober 2015

Mazedonien ist kein Zielland für die Flüchtlinge aus dem Nahen Osten. Auch das Land selbst versucht die Migration seiner Bürger ins Ausland zu bekämpfen. Während der Kosovo-Krise und der Militärangriffe auf dessen Territorium, teilte der Staat Mazedonien im Jahr 1999 780 Kosovo-Roma den Asylstatus zu. Aufgrund ihres Asylstatus haben sie Anspruch auf Kranken- und Sozialversicherung, gleichzeitig übernimmt der Staat die Unterkunfts-kosten. Zusätzlich erhalten sie Monatsgeld in Höhe von 35 Euro pro Person. Von Integration kann jedoch keine Rede sein, sie leben in Armut und am Rande der Gesellschaft.

www.kas.de

Polen

Dr. Christian Schmitz (28.08.2015)

In der öffentlichen Diskussion Polens ist die Migrations- und Fluchtproblematik im Sommer 2015 (noch) kein beherrschendes Thema. Das Land ist in erster Linie mit sich selbst beschäftigt: die überraschende Wahl des PiS-Politikers Andrzej Duda zum neuen Staatspräsidenten, sein Amtsantritt im August, die Diskussion um ein bis zwei geplante Referenden, die Sicherheitslage angesichts der Ukraine-Krise und vor allem die für den 25. Oktober angesetzten Parlamentswahlen beschäftigen die Medien und ihre Konsumenten. Über die Flüchtlingsbewegungen wird zwar berichtet, doch die Berichterstattung nimmt eine überwiegend unbeteiligte und distanzierte Perspektive ein, ganz als ob man sich das Problem vom Halse halten wolle. In diesem Sinne kommentierte die führende nationalkonservative Zeitung *Rzeczpospolita* am 19. August, dass Westeuropa allein mit den Einwanderern fertig werden müsse, Deutschland versuche, seine Flüchtlinge über eine Harmonisierung der Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene zu exportieren. Der neue Staatspräsident Duda drückte sich am 27. August in einem Interview mit der *BILD-ZEITUNG* diplomatischer aus. Er verstehe, dass das Flüchtlingsproblem die Deutschen sehr beschäftige, und auch Polen dürfe Hilfsbereitschaft nicht verweigern. Aber die EU müsse die Ursachen der Flucht in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und mit Blick auf die organisierten Schleuserbanden bekämpfen. Polen werde sich als EU-Mitglied dabei solidarisch zeigen, doch was die Flüchtlinge angehe, so habe es durch den Ukraine-Konflikt ein besonderes Problem. Es gebe Hinweise, dass mehrere Hunderttausend Ukrainer nach Polen flüchten wollten. Dies solle man auf europäischer Ebene berücksichtigen, wenn man über Hilfsbereitschaft spreche.

Polen versteht sich nicht als Einwanderungsland. Vielmehr war es bis zur Wende von 1989 ein klassisches Emigrationsland und erst in den 90er Jahren entwickelte es sich zu einem Staat, in den auch Menschen kamen und der begann, Rechtsbestimmungen für die Aufnahme von Asylanten und Flüchtlingen zu erarbeiten. Unter den Zuwanderern waren anfangs meist Bürger aus der ehemaligen UdSSR, Vietnam und Rumänien, später aus Weißrussland, Moldau und Georgien. Die Zahl der Zuwanderer zwischen 1990 und 2010 betrug aber insgesamt nur etwa 130.000 Personen. Im Jahr 2014 haben ca. 9.000 Menschen in Polen Asyl beantragt, 700 Asylanträge wurden stattgegeben. Laut der polnischen Ausländerbehörde steige derzeit die Zahl der Asylanträge zwar an, aber sie solle auch in Zukunft weiterhin nicht drastisch steigen, da Polen nicht die Hauptanlaufstelle für Flüchtlinge sei. Dies wird mit der geografischen Lage von Polen begründet, aber auch damit, dass viele Menschen, denen in Polen Asyl gewährt werde, sich nach kurzer Zeit weiter Richtung Westen orientierten, da